

**Haushaltsrede 2018 zum Haushalt 2019**  
**von Stadträtin Özlem Demir (LINKE LISTE Nürnberg)**  
**> Es gilt das gesprochene Wort <**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Presse und  
liebe Gäste,**

warum sind Sie heute hier? Besonders groß scheint der Beratungsbedarf an diesem Haushalt ja nicht zu sein, wenn man beachtet, dass die übergroße Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte keine Änderungsanträge gestellt haben.  
Schade eigentlich.

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik und es zeigt sich, dass nur wenige in diesem Rat einen kritischen Blick auf die herrschenden Verhältnisse in Nürnberg werfen wollen. Wir jedenfalls sind heute gekommen um den Haushalt und unsere Stadt sozial und nachhaltig zu gestalten. Dazu bedarf es einiger grundlegender Änderungen.

Nach der Landtagswahl im Oktober als die bayerische Staatspartei CSU massiv verloren hat und die auch in Bayern einst stolze SPD ebenso verloren hat, konnte man ja meinen, dass es ein Zeitpunkt gibt, in dem vielleicht der Wille besteht, als Konsequenz aus der Niederlage einen etwas anderen Weg einzuschlagen.

Einen Weg, bei dem die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes, wenigstens hier vor Ort in der Kommune, wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns gestellt wird. Das hätte eine Antwort sein können und Sie dürfen sich sicher sein, dass sie dabei unsere Unterstützung gehabt hätten.

Doch wir erleben etwas ganz anderes und das ist durchaus überraschend. Das Rathaus Bündnis von SPD und CSU – also die GroKo von Nürnberg – wurschtelt munter so weiter als wäre nichts passiert. Und das zieht sich auch durch diesen Haushalt.

### **Stadtbibliothek**

Im vergangenen Jahr beschloss die Nürnberger GroKo die Satzung zur Wiedereinführung der Gebühren bei der Stadtbibliothek. Ziel war es so den Haushalt zu sanieren. Der Fachbeirat des Bildungscampus hatte sich sehr fundiert dagegen ausgesprochen. Der Vorsitzende (Herr Dr. Siegfried Grillmeyer) hatte extra alle Stadträte kontaktiert. Leider vergebens. Die Direktorin der Stadtbibliothek (Frau Elisabeth Sträter) erklärte damals in Ihrem Vortrag auf dem Bibliothekartag, dass durch die Gebührenfreiheit bei der Erstausleihe zwar keine höheren Einnahmen erzielt wurden, die Zahl der aktiven Benutzer aber massiv anstieg. Dementsprechend warnte sie vor einem deutlichen Rückgang der Benutzerzahlen. Dieser Rückgang hat sich nun leider bestätigt. Seit Einführung der Jahresgebühr hat sich die Zahl der aktiven Nutzer von 71.000 auf 65.000 reduziert. Das entspricht einem Rückgang von 8,2 Prozent. Neben der Zahl der aktiven Nutzer ist auch die Anzahl der Besuche relevant. Diese ist im Vergleich zu 2017 bislang um 10,8 Prozent zurückgegangen, was 75.000 Besucher entspricht. Dies ist das Ergebnis ihrer verfehlten Politik.

### **Armut**

Wir haben ein großes Problem in unserer Stadt: 23 Prozent der Nürnbergerinnen und Nürnberger leben in Armut und können faktisch an ihrer schönen Stadt nur sehr, sehr eingeschränkt teilhaben. Im Übrigen gilt dies auch für viele Kulturschaffende, die sich von Befristung zu Befristung, von Werkvertrag zu Werkvertrag, Zwischennutzung zu Zwischennutzen hangeln müssen.

Aber es sind nicht nur Künstler, die von der steigenden Armut betroffen sind, sondern vor allem Kinder

und deren Eltern, insbesondere Alleinerziehende – zunehmend Rentnerinnen und Rentner, aber auch viele Menschen, die morgens aufstehen, in die Arbeit gehen und am Ende des Tages nicht von ihrem Lohn leben können.

So werden aus ganz normalen Menschen gezwungenermaßen Künstler – und zwar Überlebenskünstler. Wir streiten für eine Gesellschaft die frei ist von Angst und Armut. Angst zum Beispiel davor, dass die eigene Tochter von ihrer Freundin zum Geburtstag eingeladen wird und man nicht mit ihr ein Geschenk kaufen kann. Ich weiß, das sind Ängste die die Satten und Zufriedenen oft nicht nachvollziehen können, aber sie sind für tausende Menschen in unserer Stadt bittere Realität.

Über 6.000 Menschen sind auf die Hilfe der Tafeln angewiesen. Es ist traurig, dass in einem so reichen Land, so etwas überhaupt notwendig ist! Über 10.000 Nürnbergerinnen und Nürnberger suchen eine bezahlbare Wohnung und finden oft keine.

## **Wohnen**

Die Kosten der Unterkunft wurden vergangenes Jahr angehoben. Doch Fakt ist, dass man für die festgelegten Summen, kaum Wohnungen findet.

Das zeigt der Blick in jedes Immobilienportal. Zwar teilt das Sozialamt mit, dass „mehr als 90 Prozent aller 33.732 Haushalte, die darauf Anspruch haben, ihre Miete komplett erstattet bekommen“. Das sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein großer Teil in zu kleinen Wohnungen leben. Diese Menschen haben auch mit den jetzt von der Stadt angesetzten Richtwerten kaum eine Chance eine angemessene Wohnung zu finden.

Ein Grund für die nach wie vor explodierenden Mieten ist der massive Wegfall der Sozialwohnungen in den letzten zwei Jahrzehnten. Deshalb brauchen wir endlich einen echten Neustart des Sozialen Wohnungsbaus – am besten unter dem Dach der wbg und der Genossenschaften. Doch nach wie vor ist es so, dass in Nürnberg überwiegend Eigentumswohnungen gebaut werden. Nach wie vor werden Grundstücke privatisiert und so der öffentlichen Einflussnahme entzogen. Nach wie vor steht im Kürzungspaket der Nürnberger GroKo die Privatisierung von 200 städtischen Wohnungen.

Noch zu den Kommunalwahlen 2014 schrieben Oberbürgermeister Maly und die SPD in ihr Wahlprogramm unter der Überschrift *Keine Privatisierung: Garantiert!* „Bei der Wohnungsversorgung handelt es sich um direkte Handlungsfelder der Kommunalpolitik, die auch weiterhin in öffentlicher Hand bleiben müssen.“

Anstatt das Grundstück an der Tafelhalle zusammen mit der wbg zu entwickeln wurde die Fläche an die Investoren von der GBW verkauft, Die ist dafür bekannt, sich nicht immer an Recht und Gesetz zu halten. Der Ausverkauf der wenigen verbleibenden Flächen muss endlich gestoppt werden. Nürnberg braucht endlich eine Leerstands- und Zweckendfremdungssatzung. Auch könnten wir uns ein Beispiel an den Frankfurtern nehmen und uns für einen Mietpreisstopp bei unserer städtischen Wohnungsgesellschaft einsetzen, um so noch stärker auf den Mietenspiegel Einfluss zu nehmen. Wohnen muss für mittlere und untere Einkommen endlich wieder bezahlbar werden.

## **Kulturhauptstadt**

Es ist bekannt, dass wir die Bewerbung zur europäischen Kulturhauptstadt ablehnen. Und das, wie wir meinen mit durchaus guten Argumenten. **Wir sagen ja zu Kultur - aber Nein zu teuren Titeln.** Der Grundsatz "Kultur für Alle" des ehemaligen Kulturdezernenten (Hermann Glaser (SPD)) gilt heute leider immer weniger. Stattdessen wird unter der Führung der Kulturreferentin immer mehr auf Prestige und Event gesetzt. Ein gutes hat die Bewerbung allerdings: Es wird wieder über den Sinn unseres kulturellen Lebens in Nürnberg gesprochen. Wir brauchen mehr Raum für Kultur – und das in wörtlichem Sinne. Die aktuelle Entwicklung des Immobilienmarktes wirkt sich in negativer Weise auf die

Nürnberger Kulturszene aus. Anstatt Räume zu schaffen und künstlerische Aktivitäten zu fördern, erleben Kulturschaffende, dass geeignete Flächen wie z. B. bei der Quelle brachliegen. Viele Kulturschaffende suchen dringend Räume. Statt immer mehr Geld in eine zweifelhafte Bewerbung zu stecken, sollte konkret den Kulturschaffenden geholfen werden. Wir haben eine Reihe an Anträgen gestellt um die kleineren Theater und kulturellen Einrichtungen zu unterstützen.

### **Integration**

Als Stadt des Friedens und der Menschenrechte sollte sich Nürnberg als sicherer Hafen für Geflüchtete Menschen präsentieren.

Wir als Linke Liste lehnen Abschiebungen grundsätzlich ab, insbesondere in Kriegsgebiete und in unsichere Lebensverhältnisse.

Nach wie vor setzen wir uns dafür ein, dass geflüchtete Menschen nicht in Massenunterkünften, sondern in Wohnungen untergebracht werden. Dementsprechend sehen wir jetzt die Schaffung von sehr großen Gemeinschaftsunterkünften kritisch.

### **Verkehr**

Bezahlbar werden muss auch der öffentliche Nahverkehr. Und das aus verschiedensten Gründen. Nach dem Diesel-Skandal wissen wir, mit welcher ernsthaften Verschmutzung der Luft wir es durch die PKWs und LKWs im städtischen Raum zu tun haben. Die Messergebnisse und Berechnungen für Nürnberg zeigen ganz klar, dass hier systematisch die Grenzwerte nicht eingehalten werden. Wenn wir das ernsthaft ändern wollen, müssen wir die den ÖPNV durch bezahlbare Preise und ein gutes Netz attraktiver machen.

Der öffentliche Nahverkehr muss ein umweltfreundliches und grundsätzlich allen Bürgern zugängliches Fortbewegungsmittel sein. Doch auch wenn sich die Nürnberger GroKo nach dem Tarifprojekt mit dem Status quo zufriedengibt, der Unmut der Nürnbergerinnen und Nürnberger über die Ticketpreise ist nach wie vor vorhanden. Wenn wirklich gewollt wird, dass die Nutzung des ÖPNV in Nürnberg deutlich steigt, wird man nicht an einem Wiener Modell oder einem Ticketfreiem ÖPNV vorbeikommen. In Wien kostet das Jahresticket übrigens immer noch 1 € am Tag, für Senioren sogar nur 64 Cent. Es gibt ein Sozialticket für 18 Euro im Monat, ein Semesterticket für 75 Euro, ein Jugend-Ticket für 60 Euro im Jahr.

Ein Spiegel-Testbericht bestätigt, dass im Fahrpreis-Vergleich mit 39 großen Städten Nürnberg auf Platz 33 ist. Die Linke Liste fordert bereits seit sieben Jahren das Wiener Modell. Nachdem diese 365 Euro-Jahreskarte nun auch von Herrn Söder ins Spiel gebracht wurde, sollte die VAG beauftragt werden, im VGN die Weichen zu stellen.

Geld für ein Wiener Modell in Nürnberg ist durchaus da: Der Zuschussbedarf der VAG sank von rund 83,1 Mio. € im Jahr 2015 auf 70,0 Mio. € in 2017. Wenn wir nun den Zuschuss von 2015 beibehalten würden, könnten wir erste Schritte hin zu Wiener Verhältnissen machen.

Doch der Plan der Nürnberger GroKo ist ein anderer: Zum 1. Januar werden die Ticketpreise um 2,24 Prozent angehoben werden. Auch diesmal wieder für die Bürger mit NürnbergPass. Das ist ein besonderer Skandal. Während im Hartz IV-Satz lediglich gut 18 Euro für den ÖPNV vorgesehen sind, soll das NürnbergPass-Ticket nun 32,40 Euro kosten.

### **Radwegenetz**

Gleichzeitig ist der Ausbau des Radwegenetzes dringend notwendig. Radfahren ist eine kostengünstige, flexible, umweltschonende und gesunde Fortbewegungsmöglichkeit. Der Haushaltsentwurf sieht endlich eine Mittelanhebung auf 3 Mio. Euro vor, doch diese ist immer noch deutlich zu niedrig. Wirklich reale Maßnahmen zu Gunsten des Radverkehrs können so nur sehr langsam realisiert werden. Der nationale Radverkehrsplan sieht für Nürnberg einen jährlichen

Investitionsbedarf von 6,9 bis 9 Mio. Euro vor. Davon sind wir leider genauso weit entfernt wie von dem Slogan „Fahrradfreundliche Stadt“.

### **Frankenschnellweg**

Dafür ist nach wie vor an anderer Stelle viel Geld da und zwar für ihr Lieblingsprojekt aus dem vergangenen Jahrtausend. Man hat inzwischen den Eindruck dieser kreuzungsfreie Ausbau des Frankenschnellwegs überlebt verschiedene Epochen der Stadtentwicklung. Obwohl ja mit dem Bau noch gar nicht angefangen wurde. Das ist vielleicht auch besser so, da die verkehrlichen Vorteile nicht in dem Maße gegeben sind, wie immer wieder behauptet wird.

Wir müssen den ÖPNV und den Radwegenetz stärken und wir können uns den Ausbau vom Frankenschnellweg sparen und ersparen den Autofahrern auch noch eine zehnjährige Bauphase.

Die Linke Liste stellt heute einen Antrag, mit dem die alternativen Konzepte der Fakultät Architektur der TH Nürnberg geprüft werden sollen. Die Pläne zum Ausbau des FSW sind nicht mehr zeitgemäß. Heute werden Hauptverkehrsstraßen in Großstädten nicht mehr isoliert im Sinne des Autoverkehrs betrachtet, sondern als grüne Boulevards in ein städtebauliches Gesamtkonzept integriert. In den alternativen Konzepten „Baut Stadt“ ist die Schaffung von Wohnraum von ca. 3.000 Wohneinheiten vorgesehen, die wir dringend benötigen.

Großstädte wie Barcelona, Paris, Wien aber auch Ludwigshafen zeigen, dass heute Stadtautobahnen wieder zurück gebaut werden. Daher beantragen wir 100.000 Euro für die Erarbeitung eines Konzeptes zur städtebaulichen Entwicklung mit Schaffung von innerstädtischem Wohnraum zwischen der Rothenburger Straße und An den Rampen und bitten um Zustimmung.

### **Zu den Zahlen:**

In der Kooperationsvereinbarung von SPD und CSU wurden 2014 unter der Überschrift „Nürnberg's Zukunft gemeinsam gestalten“ eine Reihe Schwerpunkte wie z. B. >Soziale Gerechtigkeit<, das >soziale und solidarische Nürnberg< und >Stadtökologie< vereinbart. An diesen Schlagworten messen auch wir als LINKE LISTE diesen Haushalt.

Die Verschuldung der Stadt Nürnberg geht zwar nicht mehr so steil, aber unverändert weiter. Es wird verdeckt, dass wir eine systematische Unterfinanzierung der Kommunen in Bayern und in ganz Deutschland haben. Anstatt Konzerne und Vermögende wieder ordentlich zu besteuern und Kommunen ausreichend finanziell auszustatten werden Städte und Gemeinden ausgeblutet. Der größte Etat ist in diesem Jahr wieder für den Straßenbau, Wege und Plätze mit 275,6 Mio. – davon alleine für den FWS 187 Mio. Euro. Deutlich weniger wird mit 159,5 Mio. für die Investitionen in Schulen veranschlagt.

Gleichzeitig werden permanent die Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger erhöht: Bei den Kitas, bei den Schwimmbändern, bei der Stadtbibliothek, bei den Tickets der VAG.

Da können und wollen wir nicht mitgehen.

**Wir unterstützen die Investitionen im Bereich Schulen und Betreuung. Uns fehlt jedoch noch ein Umdenken im ÖPNV und wir lehnen die hohen Investitionen in den Umbau des Frankenschnellweges ab. Deshalb können wir den Gesamthaushalt in seiner jetzigen Fassung nicht mittragen.**

**Ich wünsche uns spannende Beratungen. Vielen Dank!**